

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3468. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Correspondenz:** Zwingerstraße 21. Telefon 1789. **Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der Spaltenweise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbeanzeigen 20 Pf. Prozepte müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 109.

Dresden, Freitag den 14. Mai 1909.

20. Jahrg.

Schlingen und Fußangeln.

Der Kampf in der Finanzkommission. — Konservativ-liberale Koalition. — Paasche legt den Vorschlag nieder. — Spahn übernimmt den Vorsitz. — Allgemeine Wirren. — Die Stellung der Sozialdemokratie zur Erbschaftsteuer.

Der Ertrag der Reichsfinanzreform, von deren Ausfall die Reichspolitik die nächste Zeit abhängen wird, stellen sich immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Am Donnerstag vormittag ist es in der Finanzkommission bei der Beratung der Labakbeseuerung zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die zunächst den Vorsitzenden Dr. Paasche veranlaßten, den Vorschlag niederzulegen, die Vermutlich aber auch noch andere Folgen zeitigen werden. Es ist ein in der Geschichte des Reichstags noch nicht dagewesener Vorgang, daß eine Kommission die Beratung eines ihr überwiesenen Gesetzesvorschlages aufgibt, noch ehe sie zu einem sachlichen Beschluß gekommen war.

So aber liegen die Dinge bei der Labakbeseuerung: nach dem Abschluß der Generaldiskussion über die Vorlage der Regierung — bekanntlich eine Vandalensteuer — hatte die Kommission beschloffen, eine Unterkommission mit dem Auftrag einzusetzen, die Frage genau zu prüfen, auf welches Prinzip die Besteuerung aufbauen solle. Die Unterkommission hat ihre Beratungen mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß sie unter Berücksichtigung der bisherigen Inlandsteuer auf Labak und der Gewichtsgröße einen Vorschlag zu dem aus den Rechnungen ermittelten Wert des Labaks empfahl. Diese Wertungsschätzung ist am Mittwoch den 12. Mai in der Hauptkommission mit erheblicher Mehrheit angenommen worden, nachdem ihre Sache etwas verändert waren; nur ein einziger, allerdings sehr wichtiger Artikel wurde nicht erledigt, nämlich die Vorschrift über den Tag des Inkrafttretens des Gesetzes. Man wird erwarten, daß es damit nicht besonders eilt, weil noch nicht abgesehen ist, ob und wann überhaupt die Finanzreform erlassen werden kann. Man stimmte deshalb nicht über diesen Paragraphen ab, weil das Zentrum und die Konservativen noch einmal Gelegenheit haben wollten, in der Hauptkommission über die Frage der Vandalensteuer zu diskutieren. Diese Diskussion fand am Donnerstag den 13. Mai statt und hatte ihr natürliches Ende mit einer Abstimmung finden müssen. Der Kommissionsvorsitzende, Abg. Dr. Paasche, wollte sich so verhalten, indem er vorschlug, den Rest des am Tage vorher beschlossenen Entwurfs zur Abstimmung zu stellen, worauf sich dann bei seiner ungewissen Annahme die Lage gestaltet haben würde, daß die ursprüngliche Vorlage der Regierung definitiv in der Beratung verhandelt wäre und die Kommission fernerhin nur noch den Entwurf der Unterkommission als Gegenstand der Verhandlung für die zweite Lesung gehabt hätte, vorausgesetzt natürlich, daß bis dahin nicht noch andere Vorschläge wieder aufstünden.

Hier griffen nun mit bemerkenswerter Festigkeit die Vertreter der konservativen Partei ein: sie verlangten, daß die Frage, ob eine Vandalensteuer eingeführt werden solle oder nicht, auch weiterhin offen gehalten werde. Es sei, so meinten sie, nicht ausgeschlossen, daß sich im Reichstag doch noch eine Mehrheit dafür finde. Deshalb dürfe jetzt nicht der Regierungsentwurf endgültig abgelehnt werden. Es liegt auf dem Band, daß dieser Einwand nicht stichhaltig ist. Nach dem Willen der Konservativen würden so zwei Gegenstände aus der ersten Lesung der Kommission als gleichberechtigt hervorgehen, nämlich einmal der ursprüngliche Regierungsentwurf, und zweitens der Entwurf der Unterkommission. Da sich der eine aber auf dem Prinzip der Vandalensteuer aufbaut, während der andere einen Wertungssatz zur Gewichtssteuer als Grundlage nimmt, so schließen sie einander aus. Die Kommission würde sich dem öffentlichen Beschauer auslegen, wenn sie so verfahren würde; denn schließlich könnte sie ja zu beiden Seiten Steuerarten noch ein paar Dutzend andere zur gefälligen Auswahl herbeibringen.

In dieser Verhandlung spielten die Konservativen durchaus die Rolle freiwilliger Regierungsveteräre. Zu dem Ende hatten sie auch einen Personenvorschlag eintreten lassen. Der unbedingt gouvemementale Herr Kretschmer führte im Verein mit dem glatten Freiherrn v. Richthofen die Fraktion, an Stelle der steifmädigen Herren, die noch vor kurzem in der Beratung über das Branntweinsteuergesetz der Regierung so arg ausgelacht hatten. Warum diese plötzliche Schwendung? Eben erst hatten die Konservativen in der Erörterung über die Erbschaftsteuer der Regierung die heftigste Feindschaft angekündigt und ihr mit wilder Rebellion im Lande gedroht — und nun auf einmal sehen sie alles daran, um eine Regierungsvorlage auf der Tagesordnung zu behalten, gegen die im Reichstag eine sichere Mehrheit vorhanden ist!

Des Rätsels Lösung ist nicht allzu schwer. Am Donnerstag sah der Reichstagssekretär Sydow sich Stundenlang nicht etwa im Kommissionzimmer, wohin er gehörte — sondern mit dem Führer der Konservativen, dem in der Abgeordneten v. Norman, zusammen, und in Begleitung des Reichstagssekretärs, des geschäftigen Zwischenhändlers vom Reichstagssekretär Sydow zu den Fraktionszimmern der konservativen. So wird immer wahrscheinlicher, daß der Kanzler seinen Frieden mit den Konservativen machen will, noch bevor der Krieg zum offenen Ausbruch gekommen ist. Er noch bevor der Krieg zum offenen Ausbruch gekommen ist. Er noch bevor der Krieg zum offenen Ausbruch gekommen ist. Er noch bevor der Krieg zum offenen Ausbruch gekommen ist.

eine Änderung des preussischen Wahlrechts, und sei sie noch so klein, abzuschwören. Die Konservativen werden ihm dafür die Schärfe des Zentrums wieder zuführen und mit einigen Antisemiten und etwaigen Ueberläufern aus den Reihen der Nationalliberalen eine sichere Mehrheit für 400 Millionen Mark indirekter Steuern bringen. Freilich müßte bei diesem Handel der Reichstagssekretär Sydow geopfert werden, doch ist das nur ein geringes Bedenken für einen so rücksichtslosen Mordtäter, wie Sydow ist.

Es ist kein Geheimnis, daß die Konservativen den Kanzler in die Meinung verlegt haben, für eine Erbschaftsteuer sei keine Mehrheit im Reichstag zu gewinnen, weil die Sozialdemokraten mit dem Zentrum und den Konservativen vereint dagegen stimmen würden. Dies ist aber nur ein laienhafter Irrtum, der mit den Tatsachen nicht in Einklang gebracht werden kann. Die Sozialdemokratie hat sich ihre Stellung zu der Erbschaftsteuer durchaus vorbehalten und hat auch keinen Anlaß, schon jetzt ihre Taktik festzulegen, auch nicht von so kraußeligen Gegnern, wie die Konservativen sind, festlegen zu lassen. Wenn diese mit der Behauptung operieren, daß die Sozialdemokraten die Erbschaftsteuer der Regierung nicht zustimmen werden, dann ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Konservativen glauben, unsere Fraktion zu ihren Zwecken mißbrauchen zu können, dürfen sich darin aber gewaltig geirrt haben. Freilich stimmt die Sozialdemokratie nicht unbedingtes für irgendeine Steuer; sie hat aber auch keinen Anlaß, dem Volke 400 Millionen Mark indirekter Steuern aufzuhalsen zu lassen, während der Welt einmal frei ausgehen soll. Die Sozialdemokratie hat auch bei anderer Gelegenheit indirekte Steuern abgelehnt und doch gleichzeitig für direkte Steuern gestimmt; wir erinnern nur an die Lantiensteuer, die durch unsere Stimmen angenommen wurde, weil, wie es damals ausgedrückt wurde, wenigstens ein Teil des Einkommens durch sie getroffen wird.

Die Konservativen möchten natürlich sehr gern, daß wir uns in alle diese Angelegenheiten nicht einmischen, sondern verstreuen, ob die Sozialdemokratie überhaupt dem Klassenstaats Mittel bewilligen solle oder nicht; ihr Weigen würde dabei trefflich geheißen. Dazu liegt aber für uns nicht die geringste Veranlassung vor. Wir wissen ganz genau, daß die Konservativen vor allem deshalb gegen die Radikal- und Erbschaftsteuer wüten, weil dadurch wenigstens ein Teil der schmutzigen Steuerinterziehungspraktiken aufgehoben würde. Wir wissen auch, daß sie eine Ablehnung der Erbschaftsteuer durch uns gern agitatorisch ausnutzen möchten. Und wir wissen endlich, daß sie der Reichsregierung den Dornen aus Auge drücken wollen, um darzutun, daß gegen konservative Wünsche keine Gekete in Deutschland gemacht werden dürfen. So sehr wir uns für den Fortschritt des Spiels aber doch nicht machen, wollen wir den Herrschaften das Spiel aber doch nicht machen. Selbst für uns kommen auch noch andere Fragen in Betracht. Selbst für uns kommen auch noch andere Fragen in Betracht. Selbst für uns kommen auch noch andere Fragen in Betracht.

Die Lage ist unglaublich verwirrt. Der ränkevolle Kanzler spinn Intrigen, während alles nach einer klaren Entscheidung drängen sollte. Block und Antiblock bekämpfen einander wilder als je zuvor. Alle möglichen Lösungen werden erörtert. Bald spricht man von einem Kanzlerwechsel, bald von einer Auflösung des Reichstags. Jetzt von dem Verfall der Block zusammenzuleimen, dann von dem Verwerfen um die Gunst des Zentrums. In diesem Wirrwarr ist die Sorge um das Wohl der schwer bedrückten arbeitenden Klasse unseres Volkes der Reichstagsfraktion.

Die ausgeschalteten Liberalen.

In den Gerüchten der letzten Tage über Verhandlungen zwischen Konservativen und Liberalen erklärt nun die Kreuzzeitung unweilentlich und hochmütig:

„Es wäre — und nicht bloß wegen der Differenzen in der Branntweinsteuerfrage, sondern wegen der Haltung der Liberalen gegenüber dem direkten Steuern gegenüber im allgemeinen — ganz unangebracht, mit der Hülfe in Verhandlungsbereitschaft einzutreten. Wären diese nur von sich selbst aus fahen, noch beiseite den Ausschluß zu finden.“

Den Anschluß — an den neuen schwarz-schwarzen Block! Auch die Zentrums-Germania erklärt bestimmt: „Die Regierung wird eine Erbschaftsteuer vorlegen, nicht mehr an den Reichstag bringen, da dieselbe doch keine Aussicht auf Annahme haben würde.“

Kussichtslos scheint nach der gegenwärtigen Lage der Dinge allerdings ein Zukunftskommen der Reichsfinanzreform lediglich durch den Block. „Mit dem Block wird diese Reform nicht zu machen sein“ heißt es in einem Berliner Telegramm der Wächter.

Rachrichten. Aber darum ist die Reichsfinanzreform nicht noch keineswegs aussichtslos, wenn sich dafür eine andere geschickliche Mehrheit finden wird, welche die Finanzreform aus dem Reichstag heraushebt.

Zu den Verhandlungen zwischen Konservativen und Zentrum sagt die Germania:

„Es handelt sich vorerst nur um Verträge, zu einer Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen zu gelangen, insofern dürfte sich wohl heute (Donnerstag) schon entscheiden, ob diese Verträge Aussicht auf Erfolg haben werden.“

Die Deutsche Tageszeitung bezeichnet es als „richtig und selbstverständlich“, daß Besprechungen zwischen den Konservativen und dem Zentrum über einzelne Steuerentwürfe und Steuerentwürfe stattgefunden haben und stattfinden. Daß der Reichskanzler unmittelbar oder mittelbar an den Besprechungen beteiligt war, sei nicht bekannt. Es sei aber verständlich, da der erste Beamte des Reiches in so kritischen Zeiten „mit den Vertretern der staatsverhaltenden Parteien“ in Verbindung tritt. Das agrarische Volk leidet sich also die Beschlüsse zu sagen, daß die Parteien, die an der Erbschaftsteuer festhalten, nicht zu den staatsverhaltenden Parteien zu zählen sind! Schließlich meint das Wächterblatt noch, daß es das zweckmäßigste wäre, wenn der Reichstag sich vor Pfingsten vertagen würde bis zu der Zeit, wo ihm die Erbschaftsteuer vorgelegt werden können.

Bericht aus der Finanzkommission.

Geheimrat Reinholdt eröffnete am Donnerstag die Beratung mit längeren Ausführungen über die Bedeutung der Regierungsvorläge, um Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen. Das Hauptbedenken habe sich dagegen gerichtet, daß durch die Anbringung von Steuererträgen ein Markengeldstück gezogen würde. Aber in der ganzen Reichsversammlung habe sich das Wort Bandrolle über die Steuererträge nur fortlaufend zu numerieren und die Anbringung von Steuern auf ihnen zu verbieten, so daß das Publikum nicht erfahre, von wem die Steuern herkommen. Damit wurde der Markengeldstück nicht mehr.

Von freisinniger Seite wurden auch nach diesen Ausführungen die Bedenken hinsichtlich der Forderung des Markengeldstück aufrecht erhalten. Die fortlaufende Nummerierung würde eine ungeheure Kontrolle verursachen.

Ein Zentrumsabgeordneter erklärte: die Vandalensteuer bedeute den Ruin der mittleren und kleineren Betriebe, sie müsse unter allen Umständen abgelehnt werden. Von konservativer Seite wird eine Durchberatung der Regierungsvorlage gewünscht, denn es könnte sich doch hernach eine Mehrheit im Reichstag für die Vandalensteuer bilden, und für diesen Fall müsse man schon jetzt in der Kommission das Gesetz nach Möglichkeit zu verbessern suchen, weil man dazu später im Plenum des Reichstags keine Gelegenheit mehr haben würde.

Als ein sozialdemokratisches Kommissionsmitglied bemerkte, es sei nun einmal keine Mehrheit für die Vandalensteuer im Reichstag zu haben, wird von konservativer Seite geantwortet: Abwarten! Der Vorsitzende der Nationalliberalen erklärte: Er habe sich durch Verhandlungen mit der Industrie überzeugen lassen, daß die von der Kommission im Prinzip angenommene Vandalensteuer nicht durchzuführen sei. Wenn die Frage so laute: Vandalensteuer oder Vandalensteuer, dann sei es möglich, daß der größte Teil der Industrie sich unter diesen beiden Hebeln für die Vandalensteuer als das kleinere Übel entscheide. Den konservativen Bedenken unterliegen aber beide Vorschläge.

Auch von der Reichspartei wird die Durchberatung der Regierungsvorlage verlangt.

Von freisinniger Seite werden nochmals die Bedenken gegen die Vandalensteuer zusammengefaßt. Reinholdt könne die Labakindustrie eine Belastung von 70 bis 80 Millionen ertragen, ganz gleich, mit welchem System. Aber die Vandalensteuer habe besondere Nachteile. Am besten sei zweifellos eine Revision des Gewichtssystems.

Abg. Müller-Hulda (Zentr.) fragt an, wie das Reichstagsamt sich zu dem Projekt stelle, die Vandalensteuer und den Zoll auf den Labak herabzusetzen und dafür die Vandalensteuer einzuführen.

Der Vorsitzende Dr. Paasche hält es für richtiger, die prinzipielle Frage zu erledigen. Jetzt in die Beratung des Vorschlages Müller-Hulda einzutreten, sei doch nicht der richtige Weg. Es zur zweiten Lesung sei die Möglichkeit abzuwarten, einen richtigen Entwurf auf dieser Grundlage ausgearbeitet und dann zu beraten. Auf einen einfachen Antrag hin könne man in die Beratung eines neuen Vorschlages nicht eintreten.

Gegegen wird von konservativer Seite liberale Bedenken erhoben. Man wolle auch den neuen Vorschlag nicht auf die zweite Lesung verschieben, weil dadurch den Interessen die Gelegenheit genommen werde, sich zur Sache zu äußern. Geheimrat Reinholdt erklärt, dieser neue Vorschlag, der einen Ausbau der Vandalensteuer bedeute mit Ermäßigung der Labaksteuer, sei zweifellos gangbar. Dabei könnte auch die abermalige Inlandsteuer des Anbaus begünstigt. Zunächst aber müsse festgestellt werden, wieviel Geld hieraus zu erwarten sei.

Von freisinniger Seite wird das Hauptbedenken gegen die Vandalensteuer auch in Bezug auf den Preis erhoben. Die Vandalensteuer, nämlich daß die Steuer vom Detailpreis erhoben wird. Anzunehmen sei im deutschen Zigarettenhandel seit alter Zeit üblich. Auch bei den ersten Zigaretten sei der Name nur Vorkriegsgeld, weil sie vom Kreuz geliefert werden.

Der Vorsitzende der Konservativen erklärt den neuen Vorschlag Müller-Hulda für sehr bedauerlich. Er habe Vorteile für Händler, Fabrikanten und Labaksteuer. Daher sei zu wünschen, daß sich die Parteien sehr schnell zu einer Entscheidung über den grundlegenden Vorschlag (konf.) beeinträchtigen, die Abstimmung über den grundlegenden Vorschlag der Regierungsvorlage (§ 1) enthält den schon erledigten Vorschlag) auszuweisen und die Vorlage zunächst im übrigen weiter zu beraten. Die Verhandlung der Beratung kann der neue Vorschlag Müller-Hulda sein.